paperpress
seit 1976

Nr. 654-28 28. Oktober 2026 51. Jahrgang

Unverdrossen weitermachen

Als gäbe es für ihn ein Morgen, macht der Senat unverdrossen weiter. Vor über fünf Wochen fanden die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen statt. Wenn auch am Donnerstag erstmals die neuen Abgeordneten des Landesparlaments und die Verordneten der zwölf „Organe der bezirklichen Selbstverwaltungen" zusammentreten, so sind die Mitglieder des Senats und der Bezirksämter weiterhin in Amt und Würden.

Die halbe Welt versucht derzeit, die drohende Gefahr einer angeblich von Clankriminalität durchsetzten, zu einem Teil antisemitischen, auf jeden Fall aber sozialistischen, aus bayerischer Sicht linksextremen, Berliner Regierung zu verhindern. Bayern droht Berlin, den Geldhahn abzudrehen, wenn Grüne und SPD die Wahlsiegerin der Linken, **Elif Erlap**, zur Regierenden Bürgermeisterin wählen sollten.

Auch gestern hat die Linke es nicht geschafft, dem Thema Emde ein Ende zu bereiten. Nach langer Diskussion bleibt **Vanessa Emde** vorerst Mitglied der Fraktion, auch wenn es keine „Arbeitsgrundlage" mit ihr gebe, was immer das heißen mag.

Wie auch immer, am 31. Oktober entscheidet die Linke, ob sie in eine Koalition mit Grünen und SPD gehen will, oder es sich doch lieber in der Opposition gemütlich machen will. Söder und Dobrindt würden am liebsten die Nationalgarde einsetzen und vor dem Preußischen Landtag stationieren, um die mögliche Wahl von Eralp zu verhindern. Aber, wir sind nicht in Los Angeles oder Washington, D.C., und Söder ist nicht Trump. Eralp wird gewählt, wann auch immer, vor **Kai Wegners** Neujahrsansprache oder danach, und keine einzige Wohnung wird enteignet oder vergesellschaftet. Wer glaubt, dass dies jemals geschehen wird, glaubt auch, dass die Wichtel am Nordpol mit dem Weihnachtsmann beginnen, die Geschenke einzupacken.

Wie jeden Dienstag, trat auch gestern der amtierende Senat zusammen. Noch steht kein Termin für die Abschiedssitzung fest. Und, es wurde noch kräftig beschlossen. So hat der Senat gestern *auf Vorlage der Senatorin für Wirtschaft, Energie und Betriebe, **Franziska Giffey**, den jährlichen Bericht an den Hauptausschuss im Abgeordnetenhaus zur Umsetzung des Solargesetzes sowie Unterstützungsmaßnahmen des Landes für die Umsetzung im Wohnungsbestand beschlossen.*

Seit dem 1. Januar 2023 sind Eigentümerinnen und Eigentümer beim Bau neuer Gebäude sowie bei wesentlichen Dachumbauten verpflichtet, eine Photovoltaik-Anlage zu installieren und zu betreiben. Zum 6. Oktober 2026 verfügte Berlin über rund 69.000 Photovoltaikanlagen mit einer Gesamtleistung von rund 583 Megawatt peak (MWp), was der jährlichen Versorgung von ca. 210.000 Haushalten mit Solarstrom entspricht. **Franziska Giffey**, die längst noch nicht ihre letzte Rede gehalten hat: *„Berlin hat beim Ausbau der Solarenergie in den vergangenen Jahren deutlich zugelegt. Damit Berlin Solarmeister bleibt, arbeiten wir mit verschiedenen Maßnahmen für einen beschleunigten Solarausbau. Die Solarpflicht ist dabei ein wichtiges Instrument. Mehr Solarenergie bedeutet für Berlin mehr Klimaschutz, mehr Unabhängigkeit und Resilienz bei der Energieversorgung und zugleich Chancen für unsere Wirtschaft. Unser Ziel ist, bis 2035 rund 25 Prozent der Berliner Stromerzeugung aus Solarenergie zu gewinnen. Dafür braucht es auch in den kommenden Jahren einen kontinuierlichen Ausbau."* Wer künftig gute Nachrichten wie diese verkünden wird, ist noch offen.

Und weiter mit den guten Nachrichten des amtierenden Senats. *„Die landeseigenen Unternehmen haben das Geschäftsjahr 2025 insgesamt mit einem positiven Jahresergebnis in Höhe von 205 Mio. Euro abgeschlossen. Positiv fällt auch die Investitionstätigkeit der Unternehmen auf. Die Investitionssumme liegt mit rund 5,8 Mrd. Euro um 20 Prozent über dem Vorjahreswert (knapp 4,6 Mrd. Euro). Das geht aus dem aktuellen Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2025 hervor, den der Senat heute auf Vorlage von Finanzsenator **Stefan Evers** beschlossen hat."*

„Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die Berliner Landesunternehmen solide aufgestellt sind. Besonders hervorzuheben ist die hohe Investitionstätigkeit. Die aktuelle Investitionssumme ist das größte Volumen der vergangenen Jahre, das nicht durch Sondereffekte wie Ankäufe von Wohnungsbeständen oder Rekommunalisierung gekennzeichnet ist. Neben dem Wohnungsbau liegen die Schwerpunkte auf der Sanierung der Netzinfrastruktur, dem Fahrzeugbestand und der Dekarbonisierung. Hierbei setzen die Landesunternehmen auch den gemeinsam mit dem Senat unterzeichneten Klimapakt 2025 bis 2030 sukzessive um."

Stefan Evers: *„Unsere Landesunternehmen investieren Milliarden in die Zukunft Berlins. Das ist gut und notwendig. Mit dem Klimapakt haben wir wichtige Weichen gestellt, um diese Investitionen langfristig abzusichern. Gleichzeitig müssen wir dafür sorgen, dass unsere Unternehmen wirtschaftlich stark und handlungsfähig bleiben. Denn die finanziellen Spielräume des Landes werden enger. Wir können nicht dauerhaft neue Milliarden über Kredite*

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Jubiläumslogo: Tobias Kellermann stilbrand®
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.
Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

bereitstellen. Deshalb müssen Investitionen und wirtschaftliche Tragfähigkeit künftig noch stärker Hand in Hand gehen."

Und auch **Katharina Günther-Wünsch**, Senatorin für Bildung, Jugend und Familie, hat etwas beschließen lassen, *nämlich eine Neufassung der Mehrarbeitsvergütungsverordnung. Ziel ist es, die Regelungen zur Vergütung von Mehrarbeit für Lehrkräfte an die aktuelle Berliner Schulstruktur anzupassen und die Berechnung der Vergütungssätze zu vereinfachen. Die bisherige Verordnung berücksichtigt teilweise noch Schulformen, die mit der Berliner Schulstrukturreform im Jahr 2010 abgelöst wurden. Zudem werden nicht alle Lehrkräftegruppen durch die bisherigen Regelungen gleichermaßen sachgerecht erfasst.*

Mit der Neufassung werden die Vergütungssätze künftig einheitlich nach Besoldungsgruppen differenziert. Damit schafft der Senat eine transparente, nachvollziehbare und zeitgemäße Grundlage für die Vergütung geleisteter Mehrarbeit. Zugleich werden die Verwaltungsverfahren vereinfacht und eine einheitliche Anwendung der Regelungen sichergestellt. Die Neufassung der Mehrarbeitsvergütungsverordnung soll zum 1. April 2027 in Kraft treten.

Und noch ein Beschluss. *„Der Senat hat auf Vorlage der Senatorin für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung, **Cansel Kiziltepe**, den Bericht zum Fluchtgeschehen-Gesamtkonzept beschlossen. Auf Antrag des Abgeordnetenhauses berichtet der Senat seit 2026 jährlich über die Entwicklung der Zahl der Asylsuchenden in Berlin sowie über die verfügbaren Unterbringungsplätze.*

Der aktuelle Bericht zeigt: Die Zahl der neu nach Berlin kommenden Asylsuchenden und Kriegsgeflüchteten aus der Ukraine geht weiter zurück und liegt unter den Werten des Vorjahres. Mit der neu eröffneten Unterkunft in der Hasenheide im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg und der für Anfang 2028 geplanten Erstaufnahmeeinrichtung am Ankunftszentrum Tegel entstehen zusätzliche Unterbringungskapazitäten. Mit diesen neuen Unterkünften wird der prognostizierte Bedarf ausreichend gedeckt sein.

Der Bericht zeigt auch, dass Berlin auf Notunterkünfte derzeit noch nicht ganz verzichten kann. Das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten und Unterbringung (LFU) prüft deshalb, wie in den kommenden Jahren Notunterkünfte schrittweise abgebaut werden können. Dafür fehlen aktuell noch ausreichend Plätze in regulären Unterkünften.

Darüber hinaus stellt der Bericht die neuen Entwicklungen im Rahmen der gesamtstädtischen Steuerung der Unterbringung (GStU) dar: Ziel ist es, die vorhandenen Unterkünfte an die aktuelle Unterbringungssituation anzupassen. Wenn weitere Plätze gebraucht werden, können zusätzliche Unterkünfte angemietet oder neu gebaut werden. Es sollen wohnungs- und obdachlose Menschen mit und ohne Fluchtgeschichte untergebracht werden, je nachdem, welche Unterstützung und Unterkunft sie benötigen. Die Vorbereitungen dafür laufen bereits: Aktuell werden die Unterlagen für die Ausschreibungen erstellt.

Und schließlich gibt's noch ein neues Mitglied im Aufsichtsrat der Berliner Wasserbetriebe. *„Der Senat schlägt der Gewährträgerversammlung der Berliner Wasserbetriebe (BWB) vor, **Jörg Simon** für die laufende Amtszeit als neues Mitglied des Aufsichtsrats zu bestellen. Simon war von 1999 bis 2021 Vorstandsvorsitzender der Berliner Wasserbetriebe. Als Diplom-Ingenieur und Diplom-Wirtschaftsingenieur hat er die Entwicklung der BWB in dieser Zeit maßgeblich vorangebracht. Anschließend war er von 2021 bis Juni 2026 Vorsitzender des Aufsichtsrats der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH. Zu seinen aktuellen Mandaten zählen unter anderem der Aufsichtsrat der Berliner Bäderbetriebe sowie das Kuratorium der Berliner Stadtmission. Jörg Simon bringt damit sowohl umfassende Branchenkenntnis als auch langjährige Erfahrung in der Steuerung und Aufsicht großer landeseigener Unternehmen mit.*"

Franziska Giffey: *„Jörg Simon hat die Berliner Wasserbetriebe über mehr als zwei Jahrzehnte als Vorstandsvorsitzender geführt und auch in anderen Funktionen, etwa beim BER oder bei den Berliner Bäderbetrieben, Verantwortung für unsere Stadt übernommen. Er kennt die BWB, ihre Aufgaben und die Berliner Wasserwirtschaft wie kaum ein anderer. Damit ist er eine hervorragende Besetzung für den Aufsichtsrat.*"

Es ist wirklich nicht nachzuvollziehen, wie wir einen so aktiven Senat das Vertrauen entziehen konnten. Aber, noch ist er im Amt. Mal sehen, was er bis zum Machtwechsel noch so beschließt.

Ed Koch

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Jubiläumslogo: Tobias Kellermann stilbrand®
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.